

Antrag	Vorlagen-Nr.:	VO/1146/2023
	Status:	öffentlich
	Datum:	03.02.2023
Antragsteller*in:	SPD, B90/Die Grünen, Klimaliste Marburg, Marburger Linke, CDU/FDP/BfM	

Beratungsfolge		
Gremium:	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung	Vorberatung	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	öffentlich

Antrag der Fraktionen von SPD, B90/Die Grünen, Klimaliste Marburg, Marburger Linke und CDU/FDP/BfM betr. Fachtag über die aktuelle soziale und wirtschaftliche Situation

Beschlussvorschlag

Der Magistrat wird gebeten, einen Fachtag zur Information über die soziale und wirtschaftliche Situation, welche im Zuge der Inflation sowie der steigenden Kosten für Energie entstanden ist, durchzuführen und dazu Expert*innen zu folgenden Themen einzuladen:

- Eine sachkundige Person, die die aktuelle Entwicklung der Inflation insgesamt sowie die erwartete Entwicklung einschätzen kann und im besonderen Maße die Auswirkungen entsprechender Teuerungsraten für die Grundsicherung bzw. das Bürgergeld erläutern kann.
- Eine Expertin oder einen Experten, zur Beantwortung von Fragen über die Auswirkung der voraussichtlichen Erhöhung der Leistungen durch das Bürgergeld. Es soll sich der Frage angenähert werden, ob das Bürgergeld die entstandenen Mehrkosten kompensiert, es dafür zu gering ist oder diese sogar überkompensiert.
- Es soll eine Auskunft über die Abgrenzung der Kosten von Unterkunft und Energie, die unabhängig und vollständig erstattet werden, erfolgen.
- Es soll eine Auskunft des städtischen Energie-Dienstleisters Stadtwerke Marburg zur Preisentwicklung in den unterschiedlichen Sparten bisher und für 2023 erfolgen.

Es soll eine Auskunft von freien Trägern, darüber geben:

- wie sie ihre von der Stadt finanzierten Beratungsangebote (darunter Sozial- und Schuldnerberatung) kurzfristig auf den neuen Beratungsbedarf zu Bürgergeld und Wohngeld umgestellt haben oder umstellen werden, um den Menschen in ihrem jeweiligen Einzugsgebiet eine möglichst schnelle und umfassende Beratung zukommen lassen zu können.
- in Verbindung mit den finanziellen und sozialen Auswirkungen der aktuellen Preissteigerungen auf die angespannte Lage am Wohnungsmarkt eingegangen werden.
- Wie sich die aktuelle Situation auf alters- und gesundheitsspezifische Aspekte bei den Beratungen ausgewirkt haben und wie sich die aktuelle Situation auf Jugendliche auswirkt.
- Es soll eine Auskunft freier Träger von Unterstützungsangeboten wie der Tafel u.A. geben, wie sie die aktuelle Situation sowie die künftige Entwicklung sehen; und sie sollen erläutern, welche Unterstützung sie benötigen, um die Auswirkungen der Krise für die Betroffenen zu bewältigen.

Begründung

Derzeit erlebt Deutschland eine schwere Energiekrise, ausgelöst durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Auch die Menschen spüren die Auswirkungen der steigenden Energiekosten, insbesondere Diejenigen mit geringem Einkommen. Die damit einhergehenden, steigenden Lebenshaltungskosten, stellen eine erhebliche Belastung für sie dar. Inflationsraten von 7 bis 10 % sind Preissteigerungen, die akute finanzielle Unsicherheiten auslösend die finanziellen Möglichkeiten vieler Menschen bzw. Familien überfordern. Sowohl in der Stellungnahme der GWA an den Sozialausschuss als auch im offenen Brief der „Initiative für ein solidarischeres und soziales Marburg“ an die Stadtverordneten wird die schwierige Situation eindringlich beschrieben. Wir schätzen die Einschätzungen zivilgesellschaftlicher Akteure und stellen im Besonderen die wichtige Arbeit der Gemeinwesenträger heraus.

In diesen Zeiten sind wohl überlegte und auf hinreichenden Informationen basierende Maßnahmen gefragt. Um ziel- und passgenaue Maßnahmen zu beraten, wird daher die Konsultation von Expert*innen des wirtschaftswissenschaftlichen und sozialen Bereichs notwendig sein. Ziel dieses Antrags ist daher die Organisation eines Fachtags über die soziale und wirtschaftliche Situation in Deutschland und in Marburg, die auch die auf Bundesebene beschlossenen Maßnahmen und Gesetzesänderungen (Entlastungspakete, Bürgergeld, Wohngeld Plus) umfassen.

Liban Abdirahman Farah

Roland Böhm

Katharina Rink

Winfried Kissel

Mariele Diehl

Anlage/n

Keine